

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Teil 1: Einführung	1
I. Entstehung des abgekürzten Verfahrens	1
1. Situation vor Einführung der StPO	1
2. Entstehungsgeschichte der Art. 358 ff. StPO	2
II. Ablauf des abgekürzten Verfahrens	5
1. Entscheid über Antrag und Verständigung	5
2. Anklageschrift	6
3. Hauptverhandlung	7
4. Urteil oder ablehnender Entscheid	8
5. Rechtsmittel	9
III. Dogmatische Kritik am abgekürzten Verfahren	10
1. Legalitätsprinzip	10
2. Untersuchungsgrundsatz	11
3. Nemo-tenetur-Grundsatz	12
4. Grundsatz «in dubio pro reo» und freie Beweiswürdigung	13
5. Unmittelbarkeitsgrundsatz	14
6. Öffentlichkeitsgrundsatz	15
7. Beschleunigungsgebot	15
8. Gleichbehandlungsgrundsatz	16
9. Würdigung	17
IV. Probleme bei abgekürzten Verfahren mit Mitbeschuldigten	18
V. Erkenntnisinteresse und Gang der Untersuchung	20
Teil 2: Allgemeines zum abgekürzten Verfahren	23
I. Anwendungsbereich	23
II. Voraussetzungen	25
III. Charakteristika	26
1. Verkürzung und Vereinfachung	27
2. Absprache/Plea Bargaining	28
2.1 Allgemeines	28
2.2 Inhalt und Umfang der Absprache	30
a Entgegenkommen der Staatsanwaltschaft	30

b	Entgegenkommen der (mit-)beschuldigten Person	34
2.3	Verstoss gegen Art. 140 Abs. 1 StPO («Versprechen»)?	36
a	Bedeutung des Terminus «Versprechen»	36
b	Versprechen eines (un-)zulässigen Vorteils?	37
2.4	Protokollierung des Absprachevorgangs	38
2.5	Absprachen vor Gericht?	39
IV.	Verteidigung im abgekürzten Verfahren	42
1.	Notwendige Verteidigung gemäss Art. 130 lit. e StPO	42
2.	Doppelvertretung	44
2.1	Im Allgemeinen	44
2.2	Im abgekürzten Verfahren	46
	Teil 3: Mitbeschuldigte im Strafprozess	49
	Kapitel 1: Die beschuldigte Person	50
I.	Gesetzliche Regelung und Darlegung der Rechtsposition	50
II.	Beginn und Ende der Stellung als beschuldigte Person	51
	Kapitel 2: Die mitbeschuldigte Person	51
I.	Definition	51
II.	Abgrenzung der (mit-)beschuldigten Person von anderen Rollen	52
1.	Abgrenzung zum Zeugen	53
2.	Abgrenzung zur Auskunftsperson	53
2.1	Allgemein	53
2.2	«Mitbeschuldigtennahe» Auskunftspersonen	54
	Kapitel 3: Verfahrenseinheit oder Verfahrenstrennung?	56
I.	Verfahrenseinheit als Grundsatz	56
1.	Gesetzliche Regelung des Art. 29 StPO	56
2.	Gerichtsstand gemäss Art. 33 StPO	56
II.	Verfahrenstrennung als Ausnahme	57
1.	Gesetzliche Regelung von Art. 30 StPO	57
1.1	«Sachliche Gründe» gemäss Art. 30 StPO	58
a	Allgemein	58
b	Spezialfall: Zwingende Verfahrenstrennung, falls (nur) einer der Mitbeschuldigten das abgekürzte Verfahren wählt?	59
	Kapitel 4: Teilnahmerecht der mitbeschuldigten Person an Einvernahmen . .	60
I.	Ausgangslage	60
II.	Aktueller Stand	61
III.	Kritik	63

IV.	Recht auf Teilnahme am Absprachevorgang?	64
1.	Unterscheidung des Absprachevorgangs von der Einvernahme	64
2.	Möglicher Inhalt der Absprache	65
3.	Absprachevorgang als Beweiserhebung?	65
4.	Konsequenz der Bejahung des Teilnahmerechts	67
Teil 4:	Probleme des abgekürzten Verfahrens bei Mitbeschuldigten . . .	69
Kapitel 1: Rolle der einen mitbeschuldigten Person im abgetrennten Verfahren der anderen		69
I.	Rolle des Mitbeschuldigten bei zeitgleichen separaten Verfahren	70
1.	Grundsatz: Gesetzliche Regelung nach Art. 178 lit. f StPO	70
2.	«Ausnahme»: Gemeinsame Untersuchungshandlungen	71
II.	Rolle der einen mitbeschuldigten Person im separaten und nicht zeitgleichen Verfahren der anderen	72
1.	Gründe für nicht zeitgleiche Verfahren	72
2.	Einvernahme als Auskunftsperson	72
3.	Fazit	76
III.	Exkurs: Verwertungsrechtliche Folgen einer falschen Rollenzuteilung	77
1.	Bei der (mit-)beschuldigten Person	77
2.	Bei der Auskunftsperson	78
3.	Beim Zeugen	79
Kapitel 2: Verletzung des Rechtsgleichheitsgebots		79
I.	Umfang des Rechtsgleichheitsgebots	80
1.	Regelung auf nationaler und internationaler Ebene	80
2.	Anwendungsbereich	81
2.1	Persönlich	81
2.2	Sachlich	82
2.3	Örtlich	83
3.	Inhalt des Rechtsgleichheitsgebots	84
3.1	Im Rahmen der Rechtsetzung	84
3.2	Im Rahmen der Rechtsanwendung	85
II.	Probleme bei mitbeschuldigten Personen im abgekürzten Verfahren . . .	86
1.	Mögliche Fälle von sachlich ungerechtfertigter Gleich- oder Ungleichbehandlung	86
1.1	Von der Staatsanwaltschaft ausgehende Verurteilung in unterschiedlichen Verfahrensarten	86
1.2	Unterschiedliche Abspracheinhalte	87
1.3	Vom Gericht ausgehende Verurteilung in unterschiedlichen Verfahrensarten	88
2.	Vergleichbare Situation	88

3.	Rechtfertigung einer Verletzung des Rechtsgleichheitsgebots	88
4.	Sachliche Rechtfertigung für Gleich- oder Ungleichbehandlungen durch die Staatsanwaltschaft	89
4.1	Unterschiedliche Entscheidungen der mitbeschuldigten Personen bzgl. Antragstellung, Geständnis, Anerkennung der Zivilforderungen und Ablehnung der Anklageschrift	90
a	Fehlender Antrag	90
b	Fehlendes Geständnis oder fehlende Anerkennung der Zivilansprüche	93
c	Ablehnung der Anklageschrift	94
4.2	Differenzierte Zustimmung der Staatsanwaltschaft	95
a	Fehlende Zustimmung gemäss Art. 359 Abs. 1 StPO	95
b	Forderung von mehr als fünf Jahren Freiheitsstrafe	98
4.3	Differenzierte Ablehnung der Anklageschriften durch die Privatklägerschaft	101
a	De lege lata: Unkontrollierbares Ermessen der Privatklägerschaft	101
b	Beschränkung des Ablehnungsrechts de lege ferenda	102
aa	Unzulässige Ablehnungsgründe	103
bb	Zulässige Ablehnungsgründe bezogen auf die Zivilforderung	104
4.4	Unterschiedliche Abspracheinhalte	107
a	Belohnung des schnelleren Antragstellers?	109
b	Ungenügende Verteidigung als sachlicher Grund?	111
c	Geständnisbereitschaft als sachlicher Grund?	112
d	Kombination der Ursachen und deren Auswirkungen	113
5.	Sachliche Rechtfertigung für eine vom Gericht ausgehende Gleich- oder Ungleichbehandlung	113
5.1	Differenziertes Urteil aufgrund der Rechtmässigkeit gemäss Art. 362 Abs. 1 lit. a StPO	114
5.2	Differenziertes Urteil aufgrund der Angebrachtheit gemäss Art. 362 Abs. 1 lit. a StPO	115
5.3	Differenziertes Urteil hinsichtlich der Frage, ob die Anklage mit dem Ergebnis der Hauptverhandlung und mit den Akten übereinstimmt gemäss Art. 362 Abs. 1 lit. b StPO	116
5.4	Differenziertes Urteil bzgl. der beantragten Sanktionsfolge gemäss Art. 362 Abs. 1 lit. c StPO	117
III.	Rechtsmittel im abgekürzten Verfahren nach einer Verletzung des Rechtsgleichheitsgebots	118
1.	Gegen die Staatsanwaltschaft	119
1.1	Unterschiedliche Entscheidungen der mitbeschuldigten Personen bzgl. Antragstellung, Geständnis, Anerkennung der Zivilforderungen und Ablehnung der Anklageschrift	119
1.2	Differenzierte Zustimmung der Staatsanwaltschaft	119

a	Fehlende Zustimmung gemäss Art. 359 Abs. 1 StPO	119
b	Forderung von mehr als fünf Jahren Freiheitsstrafe	122
1.3	Differenzierte Ablehnung der Anklageschriften durch die Privatklägerschaft	125
1.4	Unterschiedliche Abspracheinhalte	126
2.	Gegen das Gericht	126
2.1	Darstellung der Problematik	126
2.2	Revisionsmöglichkeit	127
a	Gemäss Art. 410 Abs. 1 lit. a StPO	128
b	Gemäss Art. 410 Abs. 1 lit. b StPO	129
c	Gemäss Art. 410 Abs. 1 lit. c StPO	130
	Kapitel 3: Kronzeugenproblematik	130
I.	Begriffliche Vorabklärung	130
1.	Interne und externe Kronzeugen	131
2.	Voraussetzungen einer Kronzeugenregelung	131
2.1	Kronzeugentat	131
2.2	Aufklärungstat und Aufklärungshilfe	132
2.3	Kronzeugenprivileg	132
2.4	Verknüpfung	133
II.	Fehlen einer Kronzeugenregelung	133
1.	Fehlen einer allgemeinen Kronzeugenregelung und die Bedenken gegenüber deren Einführung	133
2.	Fehlen einer spezifischen und für das abgekürzte Verfahren geltenden Kronzeugenregelung	135
3.	Zusammenfassung	136
III.	Versteckte unzulässige Kronzeugenregelung im abgekürzten Verfahren	137
1.	Kronzeugentat	137
2.	Aufklärungstat	137
3.	Aufklärungshilfe	138
4.	Kronzeugenprivileg	139
5.	Verknüpfung von Aufklärungshilfe und Kronzeugenprivileg	140
6.	Würdigung	140
IV.	Zulässige Kronzeugenregelung im abgekürzten Verfahren	141
1.	Ergänzte Kronzeugenregelung	141
1.1	Ergänzendes Merkmal	141
1.2	Begriffliche Vorabklärung	142
1.3	Vereinbarkeit mit der Kritik des Gesetzgebers und der Lehre	142
a	Vereinbarkeit mit dem Rechtsgleichheitsgebot	142
b	Vereinbarkeit mit dem Legalitätsprinzip	144
c	Fehlende Notwendigkeit eines Ermittlungsnotstands	144
d	Glaubwürdigkeit der Kronzeugenaussage	144

e	Vereinbarkeit mit dem Schuldprinzip	145
f	Waffengleichheit	145
1.4	Praktische Umsetzung	146
2.	Zusammenfassung	147
Kapitel 4: Erhöhte Gefahr von Fehlurteilen		148
I.	Kritik im Schrifttum	148
II.	Quellen von Fehlurteilen im abgekürzten Verfahren	149
1.	Unvollständige Ermittlung der materiellen Wahrheit	149
2.	Absprachemöglichkeit	150
3.	Druck, sich auf ein abgekürztes Verfahren einzulassen	150
4.	Eingeschränkte Rechtsmittelmöglichkeiten	151
III.	Auswirkungen auf eine (einzige) beschuldigte Person	151
1.	Verurteilung eines Unschuldigen	152
2.	Freispruch und zu milde oder zu harte Bestrafung eines Schuldigen	155
IV.	Auswirkungen auf mitbeschuldigte Personen	157
1.	Verurteilung eines Unschuldigen	157
2.	Freispruch und zu milde oder zu harte Bestrafung eines Schuldigen	158
3.	Zusammenfassung	160
Kapitel 5: Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse		160
I.	Rollenzuteilung bei Einvernahmen von Mitbeschuldigten nach Verfahrenstrennung	160
II.	Verletzung des Rechtsgleichheitsgebots	161
III.	Kronzeugenproblematik	162
IV.	Fehlurteilsrisiko	163
Abkürzungsverzeichnis		167
Literaturverzeichnis		171
Materialien		185